

Chinas Probleme bei der wirtschaftlichen Modernisierung

*Diplom-Regionalwissenschaftler Björn Alpermann
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Moderne China-Studien an der Universität zu Köln*

Modernisierung, Transformation und Globalisierung prägen die wirtschaftliche Entwicklung Chinas seit über zwei Jahrzehnten. Nur durch weiteres Wirtschaftswachstum kann das Land seine zahlreichen Arbeitskräfte beschäftigen und ein funktionsfähiges soziales Netz aufbauen. Dabei müssen jedoch die großen sozialen und ökologischen Probleme verstärkt Eingang in wirtschaftspolitische Konzeptionen finden.

Die Medien entwerfen ein ambivalentes Bild von China. Einerseits ist es bestimmt von Berichten über die rasante wirtschaftliche Entwicklung des Riesenreichs, andererseits von Nachrichten über die negativen Folgen dieses Wachstums: eklatante Umweltschäden, immer wieder aufflammende soziale Proteste, gefährliche oder unmenschliche Arbeitsbedingungen und politische Unterdrückung. Zwei aktuelle Beispiele verdeutlichen dies:

■ Ende 2005 vermeldete das National Bureau of Statistics (NBS) der Volksrepublik China, dass das durchschnittliche jährliche Wachstum des chinesischen BIP seit Beginn der Reformen 1979 bei 9,6 Prozent lag. Wegen des anhaltend hohen Wachstums erreichte Chinas BIP 2004 Rang vier weltweit.¹

■ Zum anderen schockierten ein Chemieunglück in Nordostchina im November 2005 und der Umgang der Behörden mit der Katastrophe die Öffentlichkeit. Statt aus früheren Krisen – wie der SARS-Epidemie 2003 – zu lernen, versuchten die betroffenen Provinzen, das Ausmaß der ökologischen Katastrophe über Wochen zu verheimlichen. Erst als sich vergifteter Schlick im Songhua-Fluss auf die Neun-Millionen-Metropole Harbin zu bewegte, die ihr Trinkwasser aus dieser Quelle bezieht, wurde die Öffentlichkeit zögerlich informiert und hart gegen die vermeintlich politisch Verantwortlichen durchgegriffen.

Die Schwächen des autoritären Regimes

Die facettenreiche Realität in China lässt sich über solche widersprüchlichen Einblicke nicht erschließen.

¹ Vgl. NBS, Announcement on Revised Results about Historical Data of China's Gross Domestic Products, 10. Januar 2006, http://www.stats.gov.cn/english/newsandcomingevents/t20060110_402300302.htm (1. Februar 2006).

Ben: Das Chemieunglück zeigt einen Staat, der seine Bürger nach wie vor als unmündig behandelt² und unliebsame Berichterstattung mit strikter Zensur begrenzt. Es zeigt aber auch eine vermeintlich starke Durchsetzungsfähigkeit. Andererseits belegen dieselben Schlaglichter die Schattenseiten eines solchen Regimes: Der Erfolgsdruck, der auf lokalen Beamten lastet, und der Primat des Wirtschaftswachstums behindern den freien Fluss von Informationen nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch für die politische Führung. Lokale Regierungen sehen sich gezwungen, positive Berichte nach Peking zu vermelden, was zu übertriebenen Erfolgsdarstellungen führt. Aber selbst hierauf ist kein Verlass, wie der erste Wirtschaftszensus belegt. Der Umfang der schwer zu messenden wirtschaftlichen Aktivität der zumeist kleineren Unternehmen im tertiären Sektor, also im Dienstleistungssektor, blieb auch lokalen staatlichen Stellen weitgehend verborgen. Der Anteil des Tertiärsektors am BIP wurde 2004 deutlich heraufgesetzt: Statt einer prozentualen Verteilung des BIP auf die drei Wirtschaftssektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen von 15:53:32 ergab der Zensus ein Verhältnis von 13:46:41.

Rasanter Aufstieg der ländlichen Industrie

China durchläuft derzeit eine Neuordnung seiner Wirtschaft und Gesellschaft, die vereinfachend mit dem Begriff Modernisierung bezeichnet werden kann. Deutlich wird dies unter anderem an Verschiebungen in der Beschäftigungsstruktur. Waren Ende der 70er Jahre noch 70 Prozent der Arbeitskräfte im Primärsektor tätig, so sind es heute knapp 50 Prozent. Dieser Modernisierungsschub

² Der Bürgermeister Harbins sprach bezüglich seiner bewussten Fehlinformation der Einwohner von einer „wohlgemeinten Lüge“.

war eng verbunden mit einer Wirtschaftstransformation. Die Reformen der frühen 80er Jahre befreiten die bäuerliche Bevölkerung aus den Volkskommunen, indem sie die kollektive Bewirtschaftung des Bodens durch die private ersetzten. Beibehalten wurde zwar – nicht zuletzt aus ideologischen Gründen – das kollektive Eigentum am Boden. Aber bäuerliche Haushalte bekamen die Nutzungsrechte am Boden auf Jahrzehnte zugesichert und durften Überschüsse, die nach Abführung eines bestimmten Ernteanteils an den Staat blieben, auf neu geschaffenen Märkten frei verkaufen.

Diese neuen Anreize sorgten zunächst für einen Agrarboom. Allerdings flachte das Wachstum der Landwirtschaft Mitte der 80er Jahre ab, und die Getreideernten sanken wieder, als die neue Organisationsform mit den kleinen Parzellen an ihre Grenzen stieß. Bis heute bildet das zweigeteilte Bodensystem mit kollektivem Eigentum und privater Nutzung die Basis der chinesischen Landwirtschaft, weshalb die Produktivitätsprobleme ungeklärt bleiben. Die gesteigerte Produktivität setzte dennoch Millionen von Arbeitskräften auf dem Lande frei, die nun in die Städte und in den sekundären Sektor drängten. Ein beachtlicher Teil des chinesischen Wirtschaftswachstums ist dieser Verschiebung von Arbeitskräften zu verdanken.

War die Industrie bis zu den Reformen fast ausschließlich auf die Städte konzentriert, so begann nun der Aufstieg der ländlichen Kleinindustrie. Auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, Mitte der 90er Jahre, beschäftigte die ländliche Industrie über 78 Millionen Menschen. Hinzu kommen 50 Millionen in ländlichen Dienstleistungsunternehmen (vor allem im Transport- und Baugewerbe).³ Verantwortlich für diese schnelle Entwicklung ist neben einem fast unerschöpflichen Reservoir an billigen Arbeitskräften und niedrigen Steuern vor allem, dass diese Unternehmen de facto außerhalb des Wirtschaftsplans agierten. Damit unterlagen sie zwar Beschränkungen, etwa beim Zugang zu Vorprodukten. Diese Beschränkungen sowie die Konkurrenz von vielen Tausenden anderer ländlicher Betriebe zwangen sie aber umso stärker zu effizienter Betriebsführung.

Zudem konnten ländliche Betriebe in Branchen mit hohen Gewinnspannen vorstoßen, insbesondere in den Konsumgüterbereich, in dem aufge-

³ Spätere Angaben sind auf Grund veränderter Erfassungsmethoden nicht vergleichbar; vgl. Doris Fischer, Chinesische Statistik im Umbruch: Konsequenzen für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung am Beispiel der Industriestatistik, Asien, Nr. 75, April 2000, Seiten 20-43.

staute Nachfrage große Profite über die 80er und frühen 90er Jahre hinweg sicherstellte.⁴ Befanden sich die ländlichen Unternehmen anfangs meist im Kollektiveigentum der Dörfer und Gemeinden, die aus steuerlichen Gründen an ihrer Förderung interessiert waren, breitete sich ab Mitte der 90er Jahre eine Privatisierungswelle aus. Gründe waren abnehmende Gewinnspannen und zunehmende Rechtssicherheit für private Unternehmen. Allerdings wurden die vormals kollektiven ländlichen Betriebe häufig an ihre früheren Manager verkauft, so dass weiterhin enge Beziehungen zu den lokalen Verwaltungen bestehen blieben.⁵

Bedrohliche Einkommensunterschiede

Die ländlichen Wirtschaftsreformen verminderten vor allem in der Frühphase die Armut beträchtlich. Nach chinesischen Kriterien sank die Zahl der absolut Armen von 250 Millionen 1978 auf 26 Millionen im Jahr 2003. Dies ist ein Erfolg, auch wenn nach den strikteren internationalen Kriterien heute 90 Millionen Arme geschätzt werden.⁶ Die größten Einkommensunterschiede verlaufen nach wie vor zwischen Stadt und Land. Nach anfänglicher Angleichung entwickelten sich die ländlichen und städtischen Einkommen ab Mitte der 80er Jahre deutlich auseinander; ein Trend, der – trotz verstärkter Subventionen und Steuererleichterungen für die Landwirtschaft seit 2004 – weiter anhält. Lag das durchschnittliche Pro-Kopf-Jahreseinkommen in den Städten 1992 noch beim 2,5-Fachen des ländlichen, betrug dieses Verhältnis 2005 bereits 1 zu 3,2. Städtische und ländliche Einkommen entwickelten sich auch 2005 weiter auseinander.⁷ Chinas ländliche Bevölkerung droht, den Anschluss an die allgemeine dynamische Wirtschaftsentwicklung zu verpassen.

Zeitgleich mit der Industrieentwicklung verdoppelte sich der Urbanisierungsgrad der Bevölkerung von circa 20 Prozent Anfang der 80er Jahre innerhalb von nur zwei Jahrzehnten. Die Mehrzahl

⁴ Vgl. Barry Naughton, *Growing Out of the Plan. Chinese Economic Reform, 1978-1993*, Cambridge University Press, Cambridge 1995, Seiten 149-158.

⁵ Vgl. Jean C. Oi, *Rural China Takes Off. The Institutional Foundations of Economic Reform*, University of California Press, Berkeley 1999.

⁶ Vgl. Zhang Junhua, Der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems in der VR China – eine kritische Betrachtung (Teil 1), in: *China aktuell*, 2003, Nr. 7, Seiten 866-875; *China aktuell*, 2005, Nr. 3, Seiten 55-56.

⁷ Vgl. *China aktuell*, 2005, Nr. 5, Seite 70; NBS, 2005 nian guomin jingji jixu baochi pingwen jiaokuai fazhan [Die Volkswirtschaft bewährt im Jahr 2005 ihr ausgeglichenes und relativ schnelles Wachstum bei], www.stats.gov.cn (25. Januar 2006).

der Chinesen lebt allerdings noch immer auf dem Land, was eine Fortsetzung dieses Trends unausweichlich erscheinen lässt.⁸ Zwar versuchte die Zentralregierung mit einer dezentralen Urbanisierungsstrategie viele mittelgroße Städte auf dem Lande zu schaffen, doch ließ sich nicht verhindern, dass die Zahl der ländlichen Wanderarbeiter, die in den großen Ballungszentren an der Ostküste Arbeit suchen, auf bis zu 150 Millionen anwuchs.

Die Arbeitsmigranten tragen mit Geldüberweisungen an ihre Familien zu einem Ausgleich zwischen boomenden Städten und zurückgebliebenem Hinterland bei. Sie bilden aber zugleich eine neue soziale Unterschicht in den Städten, die nicht nur die schmutzigsten, gefährlichsten und am schlechtesten bezahlten Jobs übernimmt, sondern auch von Sozialleistungen und Bildungschancen weitgehend abgeschnitten ist. Auf Grund ihres immer noch problematischen Aufenthaltsstatus in den Städten werden sie zum Teil Opfer skrupelloser Unternehmer, die sie um ihre Gehälter prellen. Dieses Problem wird inzwischen von der Regierung als Gefahr für den sozialen Frieden gesehen, weshalb Bemühungen angelaufen sind, die ausstehenden Gehaltszahlungen für Migranten zu garantieren. Auch wenn es in China – zum Teil auf Grund rabiater polizeilicher Räumungsmethoden – keine Slums gibt, so ist das soziale Gefälle in den Städten doch augenfällig.

So entwickeln sich die Einkommen nicht nur zwischen Stadt und Land auseinander, auch innerhalb dieser Kategorien tut sich eine beachtliche Einkommensschere auf. Laut einer NBS-Untersuchung von 2004 wuchs die Einkommensdiskrepanz zwischen der obersten und der untersten Zehn-Prozent-Gruppe seit dem Vorjahr von 9,1 auf 9,5 zu 1. Das United Nations Development Program (UNDP) spricht sogar von einem Verhältnis von 11 zu 1.⁹ Natürlich handelt es sich hierbei um Prozesse, wie sie aus anderen Ländern bekannt sind. Die Entwicklungen in China laufen aber viel schneller als in vielen anderen Gesellschaften ab. Zu Beginn der Reformen war die Volksrepublik eine der egalitärsten Gesellschaften. Dies ändert sich rasant, und selbst offizielle Stellen sprechen von einer bedrohlichen Ungleichverteilung der Einkommen.¹⁰

8 Diese offiziellen Daten sind jedoch nicht unproblematisch; vgl. Zhou Yixing/Laurence J.C. Ma, China's Urbanisation Levels: Reconstructing A Baseline from the Fifth Population Census, *The China Quarterly*, Volume 173, March 2003, Seiten 176-196.

9 Vgl. China aktuell, 2005, Nr. 1, Seite 63; UNDP (United Nations Development Program), *China Human Development Report 2005*, www.undp.org.cn/modules.php?op=modload&name=News&file=article&topic=40&sid=230, Seite 2 (1. Februar 2006).

10 Vgl. China aktuell, 2005, Nr. 5, Seite 75.

Von der Plan- zur sozialistischen Marktwirtschaft

Obwohl sich China nach wie vor im Prozess nachholender Modernisierung befindet, verfügte das Land bereits Ende der 70er Jahre über eine breite industrielle Basis. Gemessen am gesamten Entwicklungsstand galt die Volksrepublik nach drei Jahrzehnten der forcierten Industrialisierung unter den Vorzeichen einer sozialistischen Planwirtschaft sogar als „überindustrialisiert“. So stellte der sekundäre Sektor 1979 bereits 48 Prozent des BIP. Allerdings war die am sowjetischen Vorbild orientierte Planwirtschaft mit ihrer Betonung der Schwerindustrie nicht in der Lage, dauerhaft hohe Wachstumsraten zu erzeugen und dabei Beschäftigungsmöglichkeiten für die rasch wachsende Bevölkerung zu bieten.

Folglich begann die neue Führung unter *Deng Xiaoping* mit einer Umorientierung der Wirtschaft. Diese Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft verlief im Gegensatz zur „Schocktherapie“ der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften graduell und wurde als ein „Herauswachsen aus dem Plan“ beschrieben.¹¹ Der Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen, auch wenn große Fortschritte bei der Errichtung einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ – offizielles Ziel seit 1992 – gemacht wurden.

Die Reformen in der staatlichen Industrie beschränkten sich zunächst auf eine Dezentralisierung der Managementverantwortung, was die Autonomie der Betriebsführung stärken sollte. Die Anreize für effizienteres Management hlieben jedoch begrenzt. Mitte der 80er Jahre wurden neue Vorstöße gewagt. Die Gültigkeit des Wirtschaftsplans als Allokationsinstrument wurde auf immer weniger Güter beschränkt. Die so genannte Überquotenproduktion – also alles, was die Staatsunternehmen über das Plansoll hinaus herstellten – konnte frei verkauft werden. Diese Reformschritte stärkten zwar die Autonomie der Unternehmensführung erheblich, aber die gewünschten Effekte auf die Profitabilität des Staatssektors blieben aus.

Wachstum der Privatwirtschaft

Die Staatsunternehmen gerieten immer stärker unter den Wettbewerbsdruck der ländlichen Kleinindustrie und der neu entstehenden Privatbetriebe.¹² Die privaten Betriebe wurden zwar

11 Barry Naughton, a. a. O.

12 Vgl. Margot Schüller, Chinas Privatunternehmen: Wirtschaftlicher Aufstieg trotz vielfältiger Diskriminierung, *China aktuell*, 2003, Nr. 8, Seiten 973-985.

noch in den 80er Jahren benachteiligt. Aber spätestens mit der Bekräftigung der Reformpolitik 1992 beschränkte sich die Regierung auf eine regulierende Rolle in der zu errichtenden „sozialistischen Marktwirtschaft“. Die Rechtssicherheit für private Unternehmen wurde fortan schrittweise gestärkt, viele ehemals kollektive Unternehmen wurden privatisiert. Zum Teil hatte es sich vorher schon nur pro forma um Kollektive gehandelt, die der Diskriminierung entgehen wollten, der sich Privatunternehmen vielfach noch ausgesetzt sahen. Mit dem Nachlassen solcher Diskriminierung entstanden über die 90er Jahre hinweg viele weitere private Unternehmen.

Nach dem Wirtschaftszensus von 2004 existieren in Chinas verarbeitendem Gewerbe 947 000 Privatunternehmen – das sind 65 Prozent aller Unternehmen in diesem Sektor – mit 33,7 Millionen Beschäftigten (35 Prozent aller Beschäftigten). Hinzu kommen die so genannten Individualgewerbe mit bis zu sieben abhängig Beschäftigten, die seit der Frühphase der Reformen aus ideologischen Bedenken nicht als privat charakterisiert wurden. Allein die industriellen Individualgewerbe beschäftigen 25,6 Millionen Personen. Dagegen nehmen sich die Industriebeschäftigten der Unternehmen, die klar dem öffentlichen Sektor zuzurechnen sind (also Staatsunternehmen, Kollektivunternehmen und deren Mischformen) mit 20,7 Millionen bescheiden aus. Nach diesen Angaben stellen rein staatliche Unternehmen nur noch 13,3 Prozent der industriellen Beschäftigten, kollektive noch 7,6 Prozent. Im Dienstleistungsbereich liegt das Gewicht des Privatsektors noch höher. Beispielsweise stellt er 63 Prozent der Unternehmen und 39 Prozent der Beschäftigten im Groß- und Einzelhandel, während dort nur 29 Prozent der Angestellten auf den öffentlichen Sektor im engeren Sinn entfallen. Ähnliche Verhältnisse herrschen in den anderen Dienstleistungsbranchen.

Das Wachstum der Privatwirtschaft hat ab Ende der 90er Jahre durchgreifende Reformen im Staatssektor, inklusive Personalabbau und Privatisierungen, möglich gemacht. Das „Herauswachsen aus dem Plan“ kommt so allmählich zu seinem Ende. Dass KP-Generalsekretär *Jiang Zemin* im Jahr 2001 Privatunternehmern offiziell die Tür zum Beitritt in die Kommunistische Partei öffnete, gilt manchen Kommentatoren als letzte Anerkennung dieses Sektors.

Chinas Außenwirtschaft ist nicht so offen, wie es scheint

Parallel zu den Wirtschaftsreformen begann Chinas Öffnung zur Weltwirtschaft. Das Land wurde Teil des umfassenden Prozesses der wirtschaftlichen Globalisierung. Die ursprünglich auf wenige Sonderwirtschaftszonen beschränkte Strategie der „offenen Tür“ zum Anlocken ausländischer Direktinvestitionen wurde auf immer mehr Städte und Regionen entlang der Ostküste ausgedehnt. Zugleich wuchs der Außenhandelssektor beträchtlich. Von einer bis Ende der 70er Jahre weitgehend geschlossenen Volkswirtschaft entwickelte sich China zum größten Empfängerland für ausländische Direktinvestitionen; mit rund 60 Prozent am BIP im Jahr 2005 ist das Außenhandelsvolumen enorm hoch.

Diese Daten übertreiben jedoch den Offenheitsgrad der chinesischen Wirtschaft. Der Boom der chinesischen Außenwirtschaft ist zum großen Teil ausländisch finanzierten Unternehmen zu verdanken. Sie brachten nicht nur Anschubfinanzierung ins Land, sondern auch Technologie. Sie veränderten mit ihrer internationalen Ausrichtung den Charakter der chinesischen Volkswirtschaft grundlegend. Der Anteil ausländischer Unternehmen (einschließlich Investoren aus Hongkong und Taiwan) am industriellen Bruttoproduktionswert betrug 2004 rund 31 Prozent, und sie beschäftigten über zehn Millionen Arbeitnehmer. 2005 entfielen über 58 Prozent des gesamten chinesischen Imports und des Exports auf diese Unternehmensgruppe.

Gerade Investoren aus Japan und Südkorea betreiben mit China so genannten Veredelungshandel: Sie importieren Halbfertigprodukte, die in China von billigen Arbeitskräften zu Endprodukten zusammgebaut und wieder exportiert werden. So erklärt sich unter anderem der hohe Anteil der Elektronik an Chinas Exporten nicht etwa aus der eigenen technologischen Führerschaft. Er wird vielmehr zum großen Teil von ausländischen Unternehmen erzeugt. Da sie trotz Bemühungen der Regierung, mehr Investoren in bisher vernachlässigte Regionen zu locken, noch immer auf die Küstenregion konzentriert sind, ist die chinesische Volkswirtschaft im Ganzen gesehen weit weniger in die Weltmärkte integriert, als die Daten suggerieren. Im Vergleich mit den hohen heimischen Investitionen nehmen sich die ausländischen Direktinvestitionen relativ bescheiden aus und werden in naher Zukunft wohl Bedeutung verlieren.¹³

13 Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), Wirtschaftstrends kompakt: VR China 2006, www.bfai.de, Seite 6 (1. Februar 2006).

Beunruhigender Einfluss auf den Weltmarkt

Dennoch kommt Chinas Integration in die Weltwirtschaft – besiegelt durch die Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember 2001 – enorme Bedeutung für die globale Wirtschaftsentwicklung zu. China ist seit 2004 die weltweit drittgrößte Handelsmacht, und sein Einfluss ist auf Rohstoff- wie auf Absatzmärkten deutlich zu spüren. So bereitet die Abhängigkeit von importiertem Öl (40 Prozent des heimischen Konsums) nicht nur ausländischen Betrachtern Sorge. Die chinesische Regierung bemüht sich, die Lieferquellen zu diversifizieren und die Versorgung mit Energieträgern wie Erdöl und Erdgas langfristig sicherzustellen.¹⁴ Dabei gerät sie nicht nur wirtschaftlich in Konkurrenz zu westlichen Industrienationen, sondern baut auch die Lieferbeziehungen mit Ländern wie dem Iran oder Sudan aus. Auch das Bemühen im Zuge ihrer neuen Strategie,¹⁵ sich im Ausland in den Energiesektor einzukaufen, führt zu politischen Reaktionen, wie 2005 am gescheiterten Übernahmeversuch des amerikanischen Unternehmens Unocal durch die China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) offensichtlich wurde. Zwar sind die chinesischen Investitionen im Ausland noch immer vergleichsweise niedrig, aber bei der Übernahme bekannter Marken durch chinesische Firmen, etwa der IBM-Computersparte durch den chinesischen PC-Produzenten Lenovo, regt sich bei westlichen Beobachtern Unruhe.

Ähnlich verhält es sich mit chinesischen Textilausfuhren, die mit Auslaufen des Agreement on Textiles and Clothes (ATC) in die Höhe schossen. Mit dem ATC, das über zehn Jahre lief, sollten vier Jahrzehnte von westlichem Protektionismus allmählich beendet werden. Jedoch reagierten sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Europäische Union auf das „plötzliche“ Ansteigen der chinesischen Importe mit der erneuten Verhängung von Einfuhrquoten. Außer Acht gelassen wurden in der hitzigen Diskussion über chinesische „Billigimporte“ drei Punkte: Erstens gingen die chinesischen Importsteigerungen vor allem zu Lasten der anderen Importeure, nicht der heimischen Produzenten. Zweitens waren billige Einfuhren den europäischen und amerikanischen Verbrauchern sowie dem Handel durchaus nützlich. Und drittens war die Plötzlichkeit der Veränderung selbstverschuldet, denn weder die USA noch die

EU hatten die zehnjährige Übergangszeit zu einem verträglichen Auslaufen des Quotensystems genutzt. Für alle, die Arbeitsplatzverluste in der Textilindustrie befürchten, hält die US-Wirtschaftswissenschaftlerin *Pietra Rivoli* eine überraschende Erkenntnis bereit: Durch den massiven Umbau der staatlichen Textilindustrie verlor China in den Jahren 1995 bis 2002 zehnmal so viele Jobs in der Textilbranche wie die USA.

Die Schattenseiten des Wachstums

Nach einer kürzlich veröffentlichten Studie der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften liegen die Vermögensunterschiede zwischen Stadt und Land – nicht monetäre Privilegierungen der Städter wie Gesundheitsversorgung und Bildungschancen eingeschlossen – bei eins zu sieben.¹⁶ Im vergangenen Jahr sorgte eine scharf formulierte Studie über das Gesundheitswesen, gemeinsam verfasst vom Development Research Council beim Staatsrat und der Weltgesundheitsorganisation, für Aufsehen. Danach sei auf dem Land die Grundversorgung mit Gesundheitsdienstleistungen zusammengebrochen, und in den Städten könnten sich nur die Reichen adäquate Behandlungen leisten, da nur circa 20 Prozent der Stadtbevölkerung (zehn Prozent auf dem Land) krankenversichert seien.¹⁷ Die Unterschiede in der Versorgung schlagen sich in auseinanderklaffenden Lebenserwartungen nieder: Basierend auf den Zensusdaten von 2000 errechnete das UNDP eine durchschnittliche Lebenserwartung von 69,9 Jahren für die Landbevölkerung und 75,2 Jahren für Städter. Der vom UNDP errechnete Human Development Index, der neben materieller Versorgung auch Bildungs- und Gesundheitsindikatoren umfasst, zeigt, dass die Stadt-Land-Disparitäten über die 90er Jahre nicht verringert werden konnten und von 1997 bis 2002 sogar gewachsen sind.¹⁸ Hinzu kommt die regionale Unausgewogenheit der Wirtschaftsentwicklung. Das BIP pro Kopf liegt in der am weitesten entwickelten Küstenregion etwa doppelt so hoch wie in Zentralchina, während die dünn besiedelte westliche Region noch weiter abgeschlagen ist. Die Ausdehnung des Wohlstands, auf welche die Regierung bei ihrer bewussten Privilegierung der Küstenprovinzen in der Anfangsphase der Reformära gesetzt hatte, hat sich nicht eingestellt. Im Gegenteil: Die regionalen Disparitäten wuchsen immer stärker an.

14 Vgl. Erica S. Downs, *The Chinese Energy Security Debate*, *The China Quarterly*, Volume 177, March 2004, Seiten 20-41.

15 Vgl. Margot Schüller/Anke Turner, *Global Ambitions: Chinese Companies Spread their Wings*, *China aktuell*, 2005, Nr. 4, Seiten 3-14.

16 Vgl. Steven Sitao Lu, *Social Unrest in China: The Roots of Rural Discontent*, *South China Morning Post*, www.scmp.com (10. Februar 2006).

17 Vgl. *China aktuell* 2005, Nr. 4, Seiten 81 f.

18 Vgl. UNDP, a. a. O., Seiten 9 ff.

Literaturhinweis

In der Schriftenreihe der Ludwig-Erhard-Stiftung „Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“ ist im Januar 2006 als sechster Band „Wolfgang Klenner: Chinas Finanz- und Währungspolitik nach der Asienkrise – Bilanz und Perspektiven der Reformpolitik“ im Lucius & Lucius Verlag erschienen.

Neue Programme

Daher begann die Zentralregierung ab 1999 mit einem Programm zur Entwicklung der Westprovinzen, das vor allem auf große Infrastrukturprojekte zur Erschließung der lokalen Ressourcen und zur Anbindung an die Märkte im Osten setzt. Inwieweit die Bewohner des Westens, wo sich die gelegentlich politisch unruhigen Regionen der ethnischen Minderheiten befinden, wirtschaftlich profitieren werden, steht indes noch nicht fest.¹⁹ Ein zweites regionalpolitisches Förderprogramm wurde 2003 für die Schwerindustrie-Region des Nordostens Chinas aufgelegt.

Diese Programme stellen eine Wende in der Regionalpolitik dar, die sich seit dem Wechsel an der Spitze der KP von *Jiang Zemin* auf *Hu Jintao* 2002 stärker den wirtschaftlichen Verlierern des Modernisierungsprozesses zuwendet. Eine Orientierung über die zukünftige wirtschaftspolitische Ausrichtung geben die „Vorschläge“ zum 11. Fünf-Jahres-Plan (2006–2010), die das Zentralkomitee der KP im Oktober 2005 verabschiedete. Neben der Fortführung und Intensivierung von Maßnahmen, um die ländlichen an die städtischen Einkommen anzugleichen, stehen die Bereiche Energie und Ökologie im Vordergrund. Auch wenn konkrete Maßnahmen in den Vorschlägen nicht enthalten sind, lässt dies hoffen, dass die politische Führung die Notwendigkeit einer sozial und ökologisch ausgeglicheneren Entwicklung erkannt hat.²⁰

Die ökologische Krise

Die sozialen Unruhen nahmen von 58 000 im Jahr 2003 auf 74 000 im nächsten und 87 000 im Jahr 2005 zu.²¹ Die Hauptursachen sind auf dem Land illegale Enteignungen von Bauern zur Umwand-

lung von Agrarflächen in Industriezonen oder für Infrastrukturmaßnahmen. In den Städten geht es meist um ausbleibende Gehalts- oder Rentenzahlungen. Aber auch gegen die Umweltverschmutzung regt sich Widerstand. Bislang handelt es sich bei den Protesten um lokale Unruhen. Deshalb gelingt es der Zentralregierung, durch Verständnis gegenüber den Protestzielen bei gleichzeitiger harter Bestrafung der „Rädelsführer“ ihre Auswirkungen einzugrenzen. Die Führung *Hu Jintaos* greift strikt gegen Journalisten, Dissidenten und Cyber-Aktivistinnen durch, so dass sich bisher keine Gegenöffentlichkeit bilden kann. Die ökologische Krise in China wird mit solchen Mitteln nicht zu überwinden sein. Luft, Wasser und Boden sind durch rücksichtslosen Umgang schwer in Mitleidenschaft gezogen. Umweltgesetze existieren zwar, werden aber von den Lokalverwaltungen nur unzureichend umgesetzt. Lokale Politiker werden am Wirtschaftserfolg ihrer Region gemessen, so dass wenige Anreize für Umweltschutz bestehen. Das Ergebnis ist aus ökologischer Sicht verheerend und aus ökonomischer Sicht ernüchternd. Nach Schätzungen westlicher und chinesischer Wissenschaftler liegt der jährliche „Umweltverbrauch“ bei etwa sechs Prozent des chinesischen BIP.²²

Mit der neuen Leitidee der „harmonischen Entwicklung“ scheint die politische Führung die sozialen und ökologischen Folgen des Wirtschaftswachstums endlich zu korrigieren. Da die Diktatur der KP ein dysfunktionales System geschaffen hat, in dem Partizipationsmöglichkeiten der benachteiligten Gruppen fehlen, wachsen die Probleme weiter. Zudem ist die Durchsetzungs- und Kontrollfähigkeit der Zentrale gegenüber lokalen Staatsbediensteten weiterhin begrenzt. Deshalb ist unklar, ob die Modernisierung Chinas, die unter der KP-Führung angestoßen wurde, auch unter ihrer Herrschaft erfolgreich beendet werden kann. ■

¹⁹ Vgl. The China Quarterly Special Issue: China's Campaign to „Open Up the West“: National, Provincial and Local Perspectives, Volume 178, June 2004.

²⁰ Vgl. Barry Naughton, The New Common Program: China's Eleventh Five Year Plan and What it Means, China Leadership Monitor, No. 16 (Winter 2005), www.chinaleadershipmonitor.org (9. Februar 2006).

²¹ Vgl. Incidents of Social Unrest Hit 87,000, South China Morning Post, www.scmp.com (20. Januar 2006).

²² Vgl. Wenran Jiang, The Cost of China's Modernization, China Brief, Volume 5, No. 25, October 2005, www.jamestown.org (6. Februar 2006).